

AKJS SH e.V. | Flämische Straße 6-10 | 24103 Kiel

Bildungsausschuss des Landtages
Schleswig-Holstein
Vorsitzender Martin Habersaat, MdL
z.Hd. Ole Schmid
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Per E-Mail:
bildungsausschuss@landtag.ltsh.de.

Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein e.V.

Flämische Straße 6–10
24103 Kiel

Tel: 0431 | 26068-78
Fax: 0431 | 26068-76
info@akjs-sh.de
www.akjs-sh.de

Kiel, 23. Mai 2025

Stellungnahme

Für eine Schulkultur gegen Rechtsextremismus – Handlungsempfehlungen für Schulen, Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 20/3059 Alternativantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 20/3096 Antidemokratische, menschenfeindliche, rechtsextreme und andere extremistische Haltungen an Schulen nicht akzeptieren – Schulen unterstützen Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 20/3099

Schriftliche Stellungnahme der Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V. als Träger des Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus Kiel

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Sehr geehrte Mitglieder des Bildungsausschusses,

die Aktion Kinder- und Jugendschutz Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein e.V. (AKJS) ist der institutionell geförderte freie Träger für aktuelle Themen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes. Wir informieren, beraten und bilden auf Grundlage des Jugendschutzgesetzes mit dem Ziel Fachkenntnisse zu vermitteln und pädagogische Handlungskompetenzen zu erweitern.

Die AKJS realisiert gemeinsam mit dem AWO Landesverband das Projekt ‚Regionale Beratungsteams gegen Rechtsextremismus‘. Die Regionalen Beratungsteams (RBT) in Kiel, Lübeck, Flensburg und Itzehoe beraten Menschen und Institutionen in Schleswig-Holstein, die Informationen zum Thema Rechtsextremismus oder Unterstützung im Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit (GMF) wie Rassismus, Antifeminismus und Antisemitismus suchen. Sie bieten vertrauliche, professionelle und kostenlose Beratung, sowie Fortbildungsangebote zur Prävention von Rechtsextremismus für Schulen an. Zielgruppen der Beratungs- und Fortbildungsarbeit der RBTs SH sind Schulleitungen, Lehrkräfte, Schulsozialarbeit oder Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Schülerschaft. Im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe im Umgang mit Rechtsextremismus zwischen Positionierung *für* Demokratie und Menschenrechten und in der Abgrenzung *gegen* antidemokratische und menschenverachtende Haltungen unterstützten die RBTs Demokratiebildung an Schulen.

Die AKJS nimmt im Rahmen des Projektes Rechtsextremismusprävention als wesentliche Form des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes wahr und zielt dabei besonders auf die Beratung und Fortbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Kontext des Lehrkräftekollegiums, der Leitung, der Schulsozialarbeit oder einschlägig engagierten Schülerinnen und Schüler ab.

1. Rechtsextremismus als gesamtgesellschaftliches Problem

Die Mitarbeitenden des Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus bei der AKJS nehmen gesamtgesellschaftlich einen erheblichen Rechtsruck wahr. Hierbei gehen sie von Rechtsextremismus als Ansammlung von diskriminierenden, die Gleichheit aller Menschen ablehnende und antidemokratisch-autoritären Einstellungen aus (vgl. Jaschke 2001:30/ Kiess/Decker/Brähler 2021: 17f). Damit ist Rechtsextremismus keine Form politisch devianten Verhaltens im Sinne eines 'Extremismus'. Er beschreibt eine Verdichtung von Einstellungen im Sinne Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (z.B. Rassismus, Antisemitismus oder LGBTQ+-Feindlichkeit), die mit einer Akzeptanz von Gewalt und einer Ablehnung von Demokratie einhergeht und sich u.a. als Partei oder politische Protestbewegung organisiert.

Laut einer Studie der sogenannten Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung weisen in Deutschland 8,3 % der Menschen ein geschlossen rechtsextremes Weltbild auf, weitere 20,1% zeigen zumindest Affinitäten (vgl. Zick/Mokros 2023: 71), wobei sich die Zustimmung in den letzten Jahren vervielfacht hat. Laut der Leipziger Autoritarismus-Studie können in 2024 44,9% der Menschen in Deutschland nicht mehr als 'solide Demokraten' eingestuft werden (vgl. Pickel/ Celik/ Decker 2024: 187) und es lässt sich seit 2020 eine erhebliche Zunahme der Legitimation von oder Bereitschaft zur Ausübung von Gewalt feststellen (Decker et. Al 2024:79).

Tatsächlich sind rechtsextreme Einstellungsmuster zumindest statistisch bei jüngeren Menschen mit 12,3 % stärker vertreten als im Durchschnitt (vgl. Zick/ Mokros 2023: 76). Sowohl im Bundesdurchschnitt als auch im Land Schleswig-Holstein wiesen Erstwählerinnen und Erstwähler, sowie noch nicht Wahlberechtigte ähnliche Wahlpräferenzen für die extrem rechte AfD auf, wie der jeweilige Durchschnitt. Bereits 2019 zeigte sich bei Schülerinnen und Schülern der 9. Klassen in Schleswig-Holstein, dass Überfremdungsängste bei 33,7 % und Fantasien von natürlicher Ungleichwertigkeit unter den Menschen bei 45,6% der Befragten zu finden ist (Krieg/ Beckmann/ Kliem 2019: 21f).

2. Defizite im Umgang mit Rechtsextremismus in der Perspektive der Aktion Kinder- und Jugendschutz

Antidemokratische und menschenverachtende Haltungen zeigen sich der AKJS in Form von Äußerungen und Gewalttaten und sie werden in den letzten Jahren vermehrt im Sinne von explizit rechtsextremen Vorfällen im Kontext Schule zum Gegenstand der Beratungs- und Präventionsarbeit. In der Wahrnehmung des Beratungsteams der AKJS ist es unter Jugendlichen inzwischen deutlich hoffähiger geworden, Affinitäten zu rechtsextremen Positionen zu äußern. Zusätzlich etabliert sich schrittweise auch in Schleswig-Holstein eine neue rechtsextreme Jugendsubkultur, die sich vorrangig über TikTok, Instagram oder Telegram inspiriert und organisiert. Faktisch haben sich laut RBT-Monitoring Beratungsanfragen von Schulen, bei denen der Fallhintergrund Rechtsextremismus bildete (und nicht etwa 'nur' Rassismus, Antisemitismus usw.), von 2023 zu 2024 mehr als verdoppelt und verbleiben inzwischen auf diesem Niveau. Hierbei zeigt sich, dass sich diese Vorfälle gleichermaßen an Gemeinschaftsschule, Gymnasien, in Schulen in privater Trägerschaft sowie z.T. auch schon an Grundschulen ereignen.

In allen Schulformen zeigt sich, dass Schulen in der Wahrnehmung von Rechtsextremismus nicht immer gleich sensibel sind und oft erst spät reagieren. Klar abgestimmte Vorgehensweisen bei rechtsextremen

Vorfällen existieren zumeist nicht. Vielmehr bleibt es oftmals dem individuellen Engagement von Lehrkräften, Schulleitungen oder der Schulsozialarbeit überlassen, Maßnahmen zu ergreifen. Die entsprechend handelnden Personen treffen dann nicht immer auf günstige Bedingungen zu entschieden demokratischem Handeln.

So kommt es vor, dass aktuelle Strategien zu rechtsextremer Netzwerkbildung und (Social-Media)-Kommunikation schlichtweg unbekannt sind, und explizit rechtsextreme Motivationen hinter problematischen Handlungen als legitime Akte der Meinungsäußerung oder einfach nur als entpolitisierte Provokation behandelt werden. Auch werden u.a. klar rassistische oder antisemitische Äußerungen im Rahmen 'normaler' schulinterner Modi der Konfliktbearbeitung verhandelt und der diskriminierende Charakter, d.h. die asymmetrische Herstellung von Betroffenheit nicht entsprechend in Rechnung gestellt.

Durch die AKJS wird bei Maßnahmen im Kontext Schule zudem eine starke 'Täterinnen- und Täter-Fokussierung' festgestellt, wonach auf die Korrektur abweichenden Individualverhaltens oder die Einsicht der rechtsextrem handelnden Personen gesetzt wird und entsprechend viele Energien zur Wiedergutmachung mobilisiert werden. Die Vorstellung, man könne rechtsextremen Äußerungen im Rahmen einer demokratischen Debatte gut begegnen, indem man Rechtsextreme vorführt oder rational überzeugen würde (z.B. auch im Kontext von Podiumsdiskussionen im Vorfeld von Wahlen), verdeutlicht, dass bei Schulen wenig Wissen über die Spezifik des Rechtsextremismus besteht. Man greift in der direkten Auseinandersetzung eher auf 'normale' kommunikative und praktische Kriterien und Maßstäbe zurück, die dem Phänomen nicht nur nicht gerecht werden können, sondern sogar die Möglichkeit einer Normalisierung rechtsextremer Haltungen bewirken können. Obwohl in § 4 des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes ein klarer Auftrag von Schulen im Sinne der Stärkung von demokratischen und menschenrechtsorientierten Haltungen hervorgeht, zeigt sich der AKJS in vielen Fällen, dass eine falsch verstandene 'Politische Neutralität' ein entschiedenes und nachhaltiges Vorgehen gegen Rechtsextremismus blockiert.

Präventive Maßnahmen oder auch die Auseinandersetzung mit den Schülerinnen und Schülern werden häufig mit Blick auf die im Lehrplan vorgesehenen Inhalte eher als Störfaktor und weniger als Chance zur Demokratiebildung gehandhabt. Entsprechend ist die Motivation, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Kontext des 'normalen' Unterrichts- und Schulbetriebs zu handhaben, zumeist gering.

Stattdessen nehmen die RBTs ein großes Interesse war, rechtsextreme Vorfälle durch kurze Sofortmaßnahmen durch externe Fachkräfte (z. B. die RBTs) schnellstmöglich 'abzuhaken'. Dies ist einerseits sicherlich dem hohen Druck verschuldet, dem Schulen durch vielfältige gesellschaftliche Ansprüche und chronisch knappe Ressourcen ausgesetzt sind. Andererseits ist aber augenfällig, dass in Schulen auf allen Ebenen sowohl auf struktureller als auch auf konzeptioneller offensichtlich eine hohe Unsicherheit besteht. Dabei begegnet den Beraterinnen und Beratern der AKJS in Fortbildungsveranstaltungen mit Lehrkräften häufig die Frage, ab wann eigentlich Handlungsbedarf besteht. Im Sinne einer im Kontext Schule stark verbreiteten Orientierung an einer extremismus- oder radikalisierungstheoretischen Perspektive, wird Rechtsextremismus erst dann als virulent angesehen, wenn ein bestimmtes Maß abweichenden Verhaltens erreicht sei.

Das Vorkommen von diskriminierenden Sprüchen und Verhaltensweisen werde oft noch als 'normal' erachtet, während dann gefragt wird, ab wann 'Extremismus' (z.B. Sinne von Strafbarkeit) vorliege.

Auch wenn also mit dem o.g. Schulgesetz eigentlich ein klarer formaler Rahmen existiert, um gegen Rechtsextremismus vorzugehen und demokratische Haltungen zu stärken, fehlt es sowohl an klaren und konkret auf Rechtsextremismus bezogenen Handlungsskripten. Daran angepasste Routinen können sich aber in der Einschätzung der AKJS auch deshalb nicht einstellen, weil es an Schulen auch an einer Sensibilität bzw. Wissen, wann diese sinnvoll und nachhaltig aktiviert werden könnten, fehlt.

3. Einschätzung der Aktion Kinder- und Jugendschutz zur Stärkung demokratischer Schulkultur und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus an Schulen

Ausgehend von den o.g. gesellschaftlichen und durch die AKJS beobachteten strukturellen und konzeptionellen Defiziten im Kontext Schule ergibt sich mit Blick auf mögliche Handlungsbedarfe- und möglichkeiten ein komplexes Bild. Tatsächlich existieren bereits die in Drucksache 20/3099 aufgeführten Grundlagen und Ressourcen zum Umgang mit antidemokratischen und menschenverachtenden Haltungen. Die Aktualisierung und Verbesserung von deren Sichtbarkeit für Schulen und deren Personal ist sicherlich eine kontinuierlich zu realisierende Aufgabe. Mit Blick auf die aktuelle Bedrohung der Demokratie durch den Rechtsextremismus halten wir es aber für zusätzlich sinnvoll, den Schulen kurz, mittel- und langfristige Handlungsperspektiven zur Demokratiestärkung dagegen zu entwickeln. Sowohl Wissensbestände, klare Konzepte (z.B. im Unterricht) als auch Routinen im Umgang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit liegen offenbar nicht so vor, das Schulen handlungssicher sind und so kann eine entsprechende Neuformulierung von Handlungsleitfäden ggf. neue Impulse setzen. Bestehende Angebote könnten partizipativ weiterentwickelt, und Lehrkräfte zur Auseinandersetzung mit GMF Rechtsextremismus in Aus- und Weiterbildung verpflichtet werden, um die Abrufbarkeit dieser Angebote zu verbessern.

Die AKJS teilt aufgrund der Erfahrungen des Regionalen Beratungsteams grundsätzlich die in Drucksache 20/3096 zum Ausdruck gebrachte Sorge der Bedrohung der Demokratie vor Bedrohungen und hält es für sinnvoll, Schulen in unterschiedliche Richtungen zu stärken. Allerdings wird nicht grundsätzlich für förderlich erachtet, zur Etablierung wirksamer Handlungsstrategien Schulen über Leitlinien gegen einen dort angeführten ‚Extremismus‘ zu aktivieren. Phänomene wie Rechtsextremismus oder religiös begründeter Extremismus sollten in der Perspektive der AKJS in ihrer Spezifik beachtet und entsprechende bearbeitet werden.

Schnittmengen existieren zwischen beiden Bereichen, doch diese lassen sich in Form Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gesamtgesellschaftlich auffinden. Ferner würde es mit Blick auf eine auch in Schleswig-Holstein immer offensiver auftretende rechtsextreme AfD sicherlich ein falsches Signal senden, die dadurch entstehenden Handlungsbedarfe über einen diffusen Begriff wie ‚Extremismus‘ in ihrer Dringlichkeit zu relativieren.

Tatsächlich ist hier jedoch Dringlichkeit geboten, Rechtsextremismus und die diesem zu Grunde liegende Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in ihrer Spezifik zu benennen, um von dort aus entsprechende Handlungsskripte abzuleiten. Dasselbe gilt dann auch explizit aber im Unterschied und unabhängig dazu für andere Formen antidemokratischer Haltungen, für die aber z. B. beim Projekt ‚ProVention‘ der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein, die entsprechende Expertise zu verorten ist.

Der im Antrag der Drucksache 20/3059 vorgesehene Maßnahmenkatalog wird prinzipiell begrüßt und die RBTs stehen Schulen qua Projektauftrag schon zur Verfügung, um bei der Erarbeitung von Handlungskonzepten gegen Rechtsextremismus zu unterstützen. Dennoch wird es auch für sinnvoll erachtet, mit Blick auf die aktuelle Bedrohung durch Rechtsextremismus einen neuen Impuls zu setzen. Ein entsprechender, z.B. von ministerieller Seite zur Verfügung gestellter Leitfaden würde entsprechend vom RBT der AKJS aktiv unterstützt werden. Allerdings wird auch gesehen, dass ein solcher Leitfaden nicht zwangsläufig auch zu einer Stärkung demokratischer Schulkultur führen würde.

Tatsächlich müssten Schulleitungen und Lehrkräfte entsprechend sensibilisiert, motiviert und bei der Konzepterstellung aktiv einbezogen werden, eine schulimmanente Übersetzung in konkrete Handlungsabläufe zu gewährleisten.

Ferner muss jede Form Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als hinreichend für die Einleitung von Maßnahmen anerkannt werden. Zusätzlich betrachtet es die AKJS als wichtig, demokratische Schulkultur nicht nur durch die Bekämpfung antidemokratischer Haltungen zu schützen, sondern auch aktiv durch die Stärkung von Möglichkeiten zur Partizipation und Selbstbestimmung von Schülerinnen und Schülern zu stärken.

Demokratie muss aktuell nicht nur geschützt, sondern in ihrer Attraktivität immer wieder neu abgebildet und in der Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen (vor-)gelebt werden.

4. Fazit

Die AKJS begrüßt wesentliche Teile und vor allem auch die Stoßrichtung des Ursprungsantrages und auch der Alternativanträge grundsätzlich, sieht aber auch noch z. T. weitreichendere Ergänzungsbedarfe.

Der Berücksichtigung und Sichtbarmachung von Betroffenenperspektiven muss in der Aktivierung gegen Rechtsextremismus eine besondere Relevanz zukommen. Diese könnte z.B. durch die zusätzliche Einbindung der Betroffenenberatung bei ZEBRA e.V., Gruppen migrantischer Selbstorganisation oder bzgl. Antisemitismus durch die jüdischen Gemeinden und LIDA realisiert werden. Es müsste Schulen deutlich gemacht werden, dass es um eine Konkretisierung des in §4 Schulgesetz SH formulierten Auftrags geht, der mit Blick auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen nun eben besonders Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fokussiert.

Daraus sollte im Weiteren auch deutlich werden, dass das Vorgehen gegen diskriminierende Haltungen und Äußerungen in der Mitte der Gesellschaft eine konstante und in den Schul- und Unterrichtsalltag zu integrierende Aufgabe ist.

Hierfür muss die im u.a. LAP gegen Rassismus vorgesehene Implementation entsprechender Inhalte in Aus- und Weiterbildung für Lehrkräfte konsequenter umgesetzt werden, so dass die Auseinandersetzung für Fachkräfte im Kontext Schule nicht mehr individuell entscheidbar, sondern fächerübergreifend obligatorisch ist.

Zusätzlich bedarf es weiterer, weniger bloß defensiv sondern eher produktiv-demokratiefördernd orientierter Maßnahmen. Themen wie demokratische Grundwerte oder Schülerinnen- und Schüler-Partizipation müssten genauso wie die aktive Positionierung von Schulen für Demokratie, Vielfalt und Menschen gefördert und institutionalisiert werden.

Letztlich hält die AKJS es für sinnvoll, von einer grundlegenden Verpflichtung der Schulen zur frühzeitigen Intervention gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ausgehend, unter partizipativem Einbezug der genannten Fach- und Beratungsstellen, der ministeriellen Ebene und Vertreterinnen und Vertretern aus dem Kontext Schule ein stetig wachsendes Set an Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Obligatorisch sollte aber in jedem Fall sein, in jedem Vorfall, in welchem GMF oder Rechtsextrem Thema ist, Maßnahmen einzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Iris Janßen
Vorstandsvorsitzende AKJS

Ria Lissinna
Geschäftsführerin AKJS

Dr. Lasse von Barga
Teamleiter des RBT SH bei der AKJS

Quellen:

Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Heller, Ayline/ Brähler, Elmar 2024: Die Leipziger Autoritarismusstudie 2024: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker/ Kies/ Brähler /Hrsg.): Vereint im Ressentiment, Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen, S. 29-101; Gießen, Psychosozial
Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2021): Comeback des Autoritarismus-Konzepts: autoritäres Syndrom und autoritäre Dynamik zur Erklärung rechtsextremer Einstellung. In: In

stitut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt. Ursachen von Ungleichwertigkeitsideologien und Rechtsextremismus, Band 10. Jena, S. 14–25

Krieg, Yvonne/ Beckmann, Laura/ Kliem, Sören 2019: Fortschreibung der Regionalanalysen zum Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein. Zusammenfassender Bericht; KFN

Pickel, Susanne/ Celik, Kazim/ Decker, Oliver 2024: Verwaarloste Demokratie? Politische Kultur und Unterstützung der Demokratie in Deutschland, in: Decker/ Kies/ Brähler /Hrsg.): Vereint im Ressentiment, Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen, S. 181-206; Gießen, Psychosozial

Zick, Andreas/ Mokros, Nico 2023: Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/ Mokros, Nico (Hrsg.) (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland